

Der Streik bei der Post AG

WALTER WEIß



Der Streik der KollegInnen bei der Post und der Streik der Erzieherinnen beleben die Arbeiterbewegung.



Revolutionäre Initiative Ruhrgebiet

www.riruhr.de
info@riruhr.de

© Oktober 2015

Inhaltsverzeichnis:

Der Streik bei der Post AG Teil 1

- Der Hintergrund 5
- Subunternehmen und Post AG 6
- Ein Beispiel 6
- Vorläufiges Resümee 7

Der Streik bei der Post AG Teil 2

- Einschüchterung 8
- Wir sprechen von einem verfassungsmäßig
garantierten Grundrecht! 8
- Streikbrecheraktivitäten 9
- Zunehmende Arbeitsbelastung 10
- Kurzes Resümee 10

Der Konflikt bei der Post AG 3. Teil

- Konkrete Forderungen 11
- „Sozialpartner“ Post AG 12
- Einige Aspekte 12
- Ausblick 13

Der Konflikt bei der Post AG 4. Teil

- Der Forderungskatalog 14
- Das Ergebnis 15
- Resümee 17

Die Broschüre erschien als Artikelserie unter dem Titel „Der Konflikt bei der Post AG“ in vier Teilen in der Zeitung Avanti. Wir drucken sie mit freundlicher Genehmigung des Autors Walter Weiß.

REVOLUTIONÄRE INITIATIVE RUHRGEBIET



Revolutionäre Initiative Ruhrgebiet

© Oktober 2015



Vorwort

Der Streik der KollegInnen bei der Post und der Streik der Erzieherinnen stehen für eine wichtige, wenn auch nur bescheidene Tendenz zur Belebung der ArbeiterInnenbewegung. Sie hebt sich krass von der Entwicklung im Metallbereich ab, wo z.B. die Schließung des Opel-Werkes in Bochum ohne spürbaren Widerstand über die Bühne ging. Bei aller Kritik an der Führung und Taktik der Streiks haben die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst längst dem Metallbereich als fortschrittlichste Branche der ArbeiterInnenklasse abgelöst.

Das drückt sich nicht nur in den quantitativen Forderungen wie 500 Euro mehr für alle, sondern auch in der Qualität der Forderungen aus, die die Arbeitszeitverkürzung wieder auf die Tagesordnung setzte und gegen Ausgliederung kämpft. Diese positive Entwicklung, die durch die umfangreichen Aktivitäten der KollegInnen unterstrichen wurde, bremste der Ver.di-Vorstand. Die Enttäuschung unter den AktivistInnen über das Ergebnis wird nicht nur bei einigen zur Resignation führen, sondern bei anderen zu stärkerer Kritik an der Gewerkschaftsbürokratie, vor allem was die Führung des Arbeitskampfes betrifft. Hier liegen die Chancen zum Ausbau der verdi.Linken in NRW und anderswo.

Pitt / Walter 15.10.2015



heißt es lakonisch in der Ver.di-Fachzeitung „bewegen“. Somit wurden die strategischen Ziele des Arbeitskampfes nicht erreicht und in Teilen der Mitgliedschaft herrscht Resignation, Wut und Ablehnung. Nicht wenige empfinden das Resultat als Verrat und werden eventuell ihre Mitgliedsbücher zurückgeben.

Resümee

„Vertragstreue? Sozialpartnerschaft? Soziale Marktwirtschaft? Längst abgehakt, entsorgt im Fach Sozialromantik“, vermerkt „Publik“. Eine Bemerkung mit zynischem Beigeschmack, hat man doch gerade einen aktiven Streik mit einem schlechten Ergebnis ausgebrems. Die Zustellerinnen mussten rund zwei Wochen die liegengebliebene Post austragen und demonstrierten so indirekt die Effektivität des Arbeitskampfes.

Das Ganze war als ein top-down-Projekt ohne Urabstimmung und anschließende Mitgliederbefragung konzipiert, denn die Gewerkschaftsbürokratie fürchtet eine aktive, selbstständig agierende Basis wie der Teufel das Weihwasser. Nur eine solche Basis kann dem weiteren Sozialabbau und der Prekarisierung der Arbeitsbedingungen bei der Post AG erfolgreich Paroli bieten. Nicht „systemkonforme“ sondern „systemkritische“ Gewerkschaften stehen auf der Tagesordnung. Die Herausbildung einer klassenkämpferischen Tendenz innerhalb von Ver.di wird mehr den je zum Gebot der Stunde! Revolutionäre Marxistinnen und Marxisten sollten in der Herausbildung einer solchen Tendenz eine aktive Rolle spielen.

Walter Weiß



Der Streik bei der Post AG Teil 1

Der Briefkasten leer, der erwartete Versandhausartikel wird nicht zugestellt und tausende Postbeschäftigte sind im Warnstreik und auf der Straße. Der Konflikt bei der Post AG eskaliert.

Der Hintergrund

Die Forderung von ver.di nach einer 36-Stundenwoche für 140.000 Tarifkräfte bei vollem Lohnausgleich sieht auf den ersten Blick wie der Beginn einer alltäglichen Tarifaueinandersetzung aus. Hintergrund ist allerdings die Gründung von 49 Regionalgesellschaften für die Paketzustellung: DHL Delivery GmbH. Hierin sieht die Gewerkschaft den Bruch bestehender Verträge durch die Post AG.

Der Vertragsbruch ist ein doppelter. Einerseits verstößt die Post AG gegen den Vertrag zum Schutz vor Fremdvergaben, andererseits findet eine Flucht aus dem bestehenden Haustarifvertrag statt. Die DHL-Paketzustellung wird teilweise aus der Post AG ausgegliedert.

Ein schwerer Schlag für die zahlreichen befristet Beschäftigten. Sie haben nun die „Wahl“ zwischen Erwerbslosigkeit oder dem Unterschreiben von Arbeitsverträgen der neu gegründeten Tochtergesellschaft. Das bedeutet für den Einzelnen – wie z.B. in Hessen – eine Gehaltskürzung bis zu 30% nach fünfzehnjähriger Betriebszugehörigkeit und den Fortfall der betrieblichen Altersversorgung! Die seit Jahren existierenden Konzerngewinne, die auch für die Zukunft erwartet werden, können dieses neoliberale Kabinettstückchen ökonomisch nicht begründen.

Der Kampf gegen befristete Arbeitsverhältnisse, Arbeitsverdichtungen und chronische Mehrarbeit ist mehr als eine „klassische“ Tarifrunde – er ist eine klassenpolitische Konfrontation. Apropos befristete Verträge: In Wittenberge erhielt eine Postzustellerin seit 1997 sage und schreibe 88 Verträge. Soviel zum Thema soziale Sicherheit bei der Post AG. Somit ist die Forderung von ver.di nach einer 36-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich eine politische Kampfansage gegen die Tariffucht.

Subunternehmen und Post AG

Im Bereich der Postzustellung agieren zurzeit 16.000 Subunternehmen, davon arbeiten circa 11.000 für die Post AG. Das sind 33 % mehr als 2009. Für die Beschäftigten heißt das: Deutlich weniger Gehalt bei mehr Arbeit.

Die Entwicklung ist kein Zufall. Seit geraumer Zeit fordern US-Investoren Lohnsenkungen mit der Tendenz, die Einkommen der abhängig Beschäftigten zu halbieren, um sie auf US-Niveau zu reduzieren. Diese Variante des american way of life findet keine Sympathie bei den Betroffenen. Sie durften ihre neuen Arbeitsverträge manchmal nicht mal mit nach Hause nehmen (Die Welt). Der Versuch, über 20.000 Postbedienstete tariflich herabzustufen, soll erst der Anfang sein. Die nächsten Kandidaten für diese neoliberale Operation stehen schon fest: Telekom und Deutsche Bahn. Und der Meister der schwarzen Null, Wolfgang Schäuble, steht schon bereit, Bundesanteile an diesen Unternehmen zu veräußern. Und, oh Wunder, der zweitgrößte Posteigentümer, ist der US-Hedgefond Blackrock.

Der Kampf von ver.di hat also exemplarischen Charakter und bedarf der breitesten Unterstützung aller Gewerkschaften. Es ist eine klassenpolitische Attacke von oben, die durch Klassenkampf von unten beantwortet werden muss. Und da haben sozialpartnerschaftliche Diskurse keinen Platz.

Ein Beispiel

Die Leerung der 112.052 Briefkästen ist für die Post AG unter dem Strich ein lukratives Geschäft. Für die Beschäftigten weniger. Sie partizipieren nicht an dem operativen Gewinn von 1,2 Milliarden Euro in der Briefsparte der Post AG.

Ihr Alltag sieht anders aus, wie die Wochenzeitung DIE ZEIT dokumentierte (3.5.2014). Fahrer der Post verdienen 11 Euro pro Stunde und nach 12 Dienstjahren 14 Euro bei einer 38,5 Stundenwoche. Die privaten Fahrer haben eine 40 Stundenwoche. Oft beginnt ihr Dienst um 7 Uhr morgens und endet um 19 Uhr bei einer zweistündigen Mittagspause. Im genannten Fall kommt der Fahrer auf 4,50 Euro pro Stunde. Nun ist ein Lohn, der ein Drittel unter dem Tariflohn liegt, nach einem Urteil des

Das neoliberale Duo Gabriel/ Schäuble ist ein verlässlicher Garant dieser Option.

Das Ergebnis

Circa zwei Drittel der Bevölkerung hatten Verständnis für den Streik und das in einem Land, wo nicht wenige einen Streik als sittenwidrigen Anschlag auf den Standort Deutschland betrachten. In „bewegen“, der Ver.di-Zeitung für den Fachbereich Postdienste, Speditionen, Logistik spricht Verhandlungsführerin Andrea Kocsis von einem „guten Ergebnis“. In der Mitgliederzeitung „Publik“ wird das Resultat eher verhalten kommentiert. Tenor: Mehr war nicht drin. Die Erfolge werden unter dem Motto „soziale Standards geschützt“ akribisch aufgeführt.

Im Einzelnen: Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen und Änderungskündigungen, Schutz für die Paketzusteller der Post AG, Schutz in Brief- und Verbundzustellung, Erhalt des Fahrdienstes, Übernahme der Auszubildenden des Prüfungsjahrgangs 2015, Entfristung von Beschäftigten, die länger als 24 Monate im Betrieb tätig sind und Entgelterhöhungen. Die Verlängerung der Postzulage für Beamtinnen und Beamte sind für die Betroffenen sicher erfreuliche Ergebnisse. Die „großen“ Ziele des Kampfes konnten nicht realisiert werden und beim Postvorstand knallten die Sektorkorken.

Betrachten wir die Entgelte: Für das Jahr 2015 erhalten die Beschäftigten im Oktober 400 Euro, ab 1.10.2016 2% und ab 1.10.2017 1,7 % mehr Lohn. Ein äußerst bescheidenes Ergebnis angesichts der Milliardengewinne der Post AG und mit einer Laufzeit, die Ver.di lange in diesem Tarifsegment handlungsunfähig macht. Da kann sich der allein stehende Zusteller mit Steuerklasse 1 an monatlich ca. 33 Euro – brutto ! – berauschen.

Auch das zweite Ziel, die Reduzierung der Arbeitszeit der häufig überforderten ZustellerInnen auf 36 Stunden wurde nicht erreicht. Ebenso der beschäftigungspolitische Effekt, der bei einer Verkürzung der Arbeitszeit hätte umgesetzt werden können. „Die Deutsche Post AG war nicht bereit, über die Rückführung der 49 DHL Delivery GmbHs unter das Dach der Deutschen Post AG zu verhandeln“,

Der Konflikt bei der Post AG 4. Teil

Da staunten die streikenden PostlerInnen nicht schlecht, als überraschend am 5. Juli der Schluss des Arbeitskonfliktes verkündet wurde. Waren sie doch von einer Fortführung der Auseinandersetzung und einer Verbreiterung der Kampffront ausgegangen.

Der Forderungskatalog

Um die Resultate zu bewerten, müssen wir uns die wichtigsten Forderungen in Erinnerung rufen. Fremdvergaben sollten ausgeschlossen, betriebsbedingte Kündigungen bis zum 13.12.2020 nicht möglich sein und die Postzulage für Beamte und Beamtinnen sollte verlängert werden. Der Ausgliederung wie bei DHL Delivery sollte Einhalt geboten werden und die Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 36 Stunden reduziert werden. Die Entgelte sollten einheitlich um 500 Euro angehoben werden. Eine Forderung bei Milliardengewinnen des Unternehmens, die eher bescheiden ausfiel, hat man doch eine jährliche Gewinnsteigerung von 8% im Auge. Neben anderen Forderungen wie der Übernahme der Auszubildenden hatte der Konflikt einen grundsätzlichen Charakter und war etwas mehr als eine „normale“ Tarifrunde.

Der Gegner in Gestalt des Postvorstandes fuhr eine kompromisslose, neoliberale Konfrontationslinie, bei der für eine sozialpartnerschaftliche Linie kein Raum vorhanden war. Im außereuropäischen Bereich agierten sie im Stil des Manchesterkapitalismus. Ver.di war als gewerkschaftliche Gegenmacht gefordert.

Dabei unterstützte die Bundesregierung, mit einer Beteiligung von 21% am Unternehmen, Hand in Hand mit dem zweitgrößten Eigentümer, dem US-Hedgefond Blackrock, diesen harten Kurs. Somit hatte der Konflikt grundsätzlichen Charakter, denn eine Umwandlung der Post AG zu einem Unternehmen mit unsicheren Arbeitsverhältnissen und radikal gesenkten Löhnen ist das erklärte Ziel des Postvorstandes. Tendenz: Prekarisierung großer Teile der Belegschaft. Und Unternehmen wie die Deutsche Bahn und die Telekom sind längst im Visier der Akteure.

Bundesarbeitsgerichts ein Wucherlohn. Im genannten Beispiel ist er sittenwidrig. Ein nervenaufreibender Job unter permanentem Zeitdruck, der die Betroffenen nicht selten zwingt, zum Jobcenter zu gehen, um die mageren Bezüge aufzustocken. Und das, weil der Vorstand der Post AG den Hals nicht voll bekommt, denn 5,2 Milliarden Euro reichen nicht als Gewinn. 8 Milliarden werden angepeilt – auf dem Rücken der Beschäftigten.

Vorläufiges Resümee

Aus dem Geschilderten geht klar hervor, dass es sich bei dem Konflikt um mehr als eine normale Tarifrunde handelt. Für die Betroffenen geht es ums Eingemachte. Die Intentionen der US-Investoren und die Ziele der Post AG lassen erahnen, was uns bevorsteht, wenn wir mit den Segnungen von TTIP beglückt werden. Unsere bescheidenen Zeilen sind der Anfang einer Artikelseerie, in der wir die kommenden Auseinandersetzungen dokumentieren, analysieren und kommentieren wollen. Für Informationen aus der Leserschaft wären wir dankbar. Die künftigen Arbeitskämpfe sind eine Chance die Logik der Sozialpartnerschaft zu durchbrechen und die Entwicklung von Klassenbewusstsein zu befördern. Dabei stehen wir auf der Seite der abhängig Beschäftigten bei der Post AG!



Der Streik bei der Post AG Teil 2

Einschüchterung der Beschäftigten, Beamte „freiwillig“ als Streikbrecher im Einsatz und eine permanente Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Belegschaft ... das ist die sozialpartnerschaftliche Lesart der Post AG.

Einschüchterung

Ähnlich dem Vorstand der Bahn AG fährt das Management der Post AG gegenüber ihrer Belegschaft die harte Linie. Am 13.05.2015 titelte die Süddeutsche Zeitung (SZ): „Gewerkschaften werfen Post Einschüchterung vor“. Streikende würden massiv unter Druck gesetzt und die Post AG bestritt gegenüber der SZ diese Vorwürfe nicht ausdrücklich.

Dabei stützt sich ver.di auf Anrufe, Gedächtnisprotokolle und Vermerke von Betroffenen. Eine Betriebsrätin berichtete von MitarbeiterInnen, die nach Einzelgesprächen so eingeschüchtert waren, dass sie an keinem Streik mehr teilnehmen. Und in der Frankfurter Rundschau vom o. g. Datum ist von Abteilungsleitern die Rede, die Beschäftigte auf die Konsequenzen bei Teilnahme am Streik hinweisen (Jürgen Bothner, Landesbezirksvorsitzender, Ver.di Hessen)

Wir sprechen von einem verfassungsmäßig garantierten Grundrecht!

Im Fokus der Repression stehen vorerst die befristet Beschäftigten, die das schwächste Glied innerhalb der Belegschaft sind. Die Schutzverträge laufen Ende des Jahres und der Lohntarifvertrag am 31. Mai aus. Ohne den Ausschluss der Fremdvergabe ab dem nächsten Jahr gibt es keine Sicherheit für die befristet Beschäftigten. Ihnen droht eine Auslagerung in eine GmbH. Die Post AG beschwichtigt, denn die Vorgesetzten „erläutern“ den Beschäftigten nur die Pläne des Hauses.

Da der Bund noch 21% der Postanteile hält, sah sich Ver.di-Vize

bekommt der Mitarbeiter das gleiche Grundgehalt ohne Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Zu den „freiwilligen“ Zusatzleistungen zählt die Erhöhung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 48 Stunden ohne Überstundenzulage. Ein Niedriglohnunternehmen im gesamten Geschäftsbereich – mit Ausnahme des Vorstandes – entsteht. Solche Parallelstrukturen unterminieren den Gewerkschaftseinfluss und die Interessenvertretung aller Beschäftigten substantiell. Die Gewinne sollen bis 2020 jährlich um 8% steigen, auf Kosten der Belegschaft. Hauptsächlich die Dividende stimmt.

Ausblick

Der grundsätzliche Konflikt als Klassenauseinandersetzung ist offensichtlich. Seine klassenpolitische Bedeutung und Einordnung analysieren wir zu einem späteren Zeitpunkt. Die Strategen haben im außereuropäischen Bereich die Maske abgelegt und auch ihr Agieren im Inland lässt frösteln. Der diskrete Charme der Bourgeoisie war gestern. Will Ver.di nicht das Gesicht verlieren, muss sie diese Konfrontation konsequent durchstehen. Die mittlerweile 25.000 streikenden Kolleginnen und Kollegen beweisen ihre Kampfbereitschaft (21.06.2015). Und täglich werden es mehr. Massive Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung gegen neoliberalen Mainstream sind notwendig. Dazu leisten wir in Solidarität mit den kämpfenden PostlerInnen unseren bescheidenen Beitrag.



des Proletariats in Arbeitende und Erwerbslose.

Bei riesigen Gewinnen wie zum Beispiel 1,3 Milliarden im Paket- und Briefgeschäft ist das Lamentieren des Post-Managements über die Unfinanzierbarkeit der Forderungen wenig glaubhaft. Hier müsste Ver.di – in der Tradition des revolutionären Marxismus – auf der Offenlegung der Bücher bestehen. Das wäre eine plausible Forderung nicht nur in dieser Klassenauseinandersetzung.

„Sozialpartner“ Post AG

Ver.di klagt vehement die sogenannten DRECK-Regeln des Unternehmens an. Dabei steht D für Drohen, R für Rekrutieren z. B. von Studierenden, E für Ersetzen durch beamtete Beschäftigte als Streikbrecher und C für Chef-Sein, ergo den Wert der anderen außer den eigenen herunterspielen. Und K ? Kassieren bis 9 Millionen jährlich.

Von einem besonderen Beitrag zu einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung weiß DER SPIEGEL zu berichten (in Nr. 25/2015). Im außereuropäischen Bereich des Weltunternehmens würden MitarbeiterInnen mit Niedriglöhnen abgespeist. Loyalität und Glaubwürdigkeit der Beschäftigten überprüfe man durch Lügendetektoren. Ferner versuche das Unternehmen die Bildung von Gewerkschaften zu verhindern. Frühkapitalismus der zeitgenössischen Art. Da wissen die Beschäftigten im Inland, mit wem sie es zu tun haben.

Einige Aspekte

Die Auseinandersetzung findet auf dem Rücken der Belegschaft statt, insbesondere der ZustellerInnen in prekären Beschäftigungsverhältnissen mit befristeten Verträgen, niedrigeren Löhnen und häufig bei Subunternehmen. Laut Uwe Speckenwirth (Ver.di NRW Fachbereichsleiter) werden MitarbeiterInnen jahrelang mit befristeten Verträgen unter Druck gesetzt. Außerdem soll die Post AG mit anderen Zustellern Verträge abgeschlossen haben. Bei DHL Delivery gilt nicht der Haustarif, sondern der Vertrag mit Ver.di für Logistikunternehmen. Im konkreten Fall

Andrea Kocsis veranlasst, dem sozialdemokratischen Wirtschaftsminister und SPD-Vorsitzenden zu schreiben, der den Post-Vorstandschef Frank Appel aufforderte, Stellung zu beziehen. Kaum der adäquate Interessenvertreter, denn die gegenwärtigen Angriffe auf Belegschaftsinteressen konnten nur im Kielwasser der neoliberalen Agenda 2010 gedeihen.

Apropos Gehalt: Die Bezüge von Postchef Dr. Appel haben sich von 2013 auf 2014 um 21 % erhöht!

Den Beschäftigten wurde während des Streiks nur ein 1/23 des Lohns ausgezahlt, während ihnen 1/30 zusteht. Das soll nun korrigiert werden. Für die Schutzverträge haben die Postler auf freie Tage, Stundenzuschläge, Pausen etc. verzichtet. Da ist eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 36 Stunden pro Woche ein wesentliches soziales Korrektiv und sogleich ein wichtiges und unverzichtbares Signal und Beispiel für die gesamte Gewerkschaftsbewegung.

Streikbrecheraktivitäten

In der Nacht vom 12. zum 13. Mai haben MitarbeiterInnen in allen 83 Briefzentren gestreikt. Denn die Beschäftigten wissen, dass die Pläne von Dr. Appel und seiner Zaublerlinge an ihre existentielle Substanz gehen. Die Streikbereitschaft ist groß und die Streikfront steht, da dies mehr als ein normaler Tarifkampf um einige Prozentpunkte hinter dem Komma ist.

Nun setzt die Post Beamte – und Leiharbeiter – ein, um die Arbeitsplätze zu besetzen, die bestreikt werden. Beamte und leitende Angestellte bilden eine Art Notdienst. Das läuft einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1993 möglicherweise zuwider, das befundet, der Staat dürfe nicht besser als private Arbeitgeber gestellt sein.

Die Post hält dagegen: Die Beamten seien freiwillig im Einsatz. Nun dürfte das Engagement der meisten Beamten so „freiwillig“ sein wie der Weg der befristet Beschäftigten in die Niederungen der Subunternehmen. Andrea Kocsis konstatiert zu Recht, dass der Einsatz von Beamten als Streikbrecher „weder unfreiwillig“ noch „freiwillig“ zulässig sei – „er ist schlicht verboten“.

Zunehmende Arbeitsbelastung

Ohnehin bei Wind und Wetter mit großen Gesundheitsrisiken unterwegs beklagen sich die ZustellerInnen über die sich verschlechternden Arbeitsbedingungen. Die 180.000 Postboten, 75.000 davon verbeamtet, unterliegen am Wochenende einem besonderen Druck, da sie zunehmend Werbeblätter wie „Einkauf aktuell“ austragen müssen. Hinzu kommen schwere Werbematerialien wie der IKEA-Katalog oder gar wie in Wuppertal das lokale Telefonbuch. Und das demnächst beim Subunternehmen für kleines Geld. In Zukunft soll diese Knochenarbeit bis zum 67. Lebensjahr andauern, damit die Rente gesichert ist. Unterstützt durch die private Altersvorsorge, die man locker über das Traumberuf beim Subunternehmen finanziert.

Kurzes Resümee

Die Streiks bei der Post haben wie der Kampf der Lokführer eine politische Dimension. Der Eintritt tausender Menschen in den Kampf kann zur Herausbildung elementarer Ansätze von Klassenbewusstsein führen. Vom Standpunkt des revolutionären Marxismus müssen sie unsere hundertprozentige Unterstützung erfahren. Befördern sie doch unser Ziel, die Verhältnisse in diesem Lande in Sinne einer weiteren Emanzipation zum Tanzen zu bringen.



Der Konflikt bei der Post AG 3. Teil

Die letzte Tarifrunde ist gescheitert, die Post AG vertritt den „Herr-im-Hause-Standpunkt“. Ver.di ist im Zugzwang. Wie von uns prognostiziert, erleben wir einen grundsätzlichen Konflikt und eine längere Auseinandersetzung.

Konkrete Forderungen

Der Forderungskatalog von Ver.di ist weder ultimatistisch noch besonders radikal, sondern knüpft unmittelbar an den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der Post AG an. Neben Forderungen wie keine Fremdvergaben von Aufträgen an andere Anbieter und die Postzulage für Beamtinnen und Beamte zu verlängern will die Gewerkschaft den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis 31. Dezember 2020. An Stelle einer Prozent-Forderung verlangt Ver.di 500 Euro für alle, was besonders relevant für untere und mittlere Gehaltsgruppen ist. Zudem soll DHL Delivery bis zum 1.11.2015 in den Haustarif der Post AG eingegliedert werden.

Mit dem Anspruch, die Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 36 Stunden bei vollem Lohnausgleich zu realisieren, betritt die Gewerkschaft eine Tabuzone im „sozialpartnerschaftlichen“ Standortparadies Deutschland. Im europäischen Niedriglohnland BRD mit Mini- und Midijobs, zeitweise 1-Euro-Jobs, Aufstockern, Beschäftigung in mehreren Arbeitsverhältnissen, unbezahlten Überstunden etc., um nur einige Segnungen der Agenda 2010 zu benennen, grenzt die Forderung nach der Reduzierung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich an Blasphemie. Und aktuell ist Sonntagsarbeit von Streikbrechern im Gespräch.

Als generalisierte Forderung für den ganzen Arbeitsmarkt bedeutet dies eine Verteilung der vorhandenen gesellschaftlichen Arbeit auf alle Hände bei einem Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde für alle abhängig Beschäftigten. Die Arbeitszeitverkürzung ist die einzig wirksame Waffe im Kapitalismus gegen Massenarbeitslosigkeit und ein probates Mittel gegen die Spaltung